

Video-Podcast der Bundeskanzlerin #25/08

19. Juli 2008

Am Mittwoch hat das Bundeskabinett hier in diesem Raum die Investitionszulage für die neuen Bundesländer verlängert – und zwar für den Zeitraum von 2010 bis 2013. Dieses ist ein wichtiges Signal für den Aufbau der Wirtschaftsstruktur in den neuen Bundesländern.

Zwar werden die Fördersätze jährlich sinken, aber wir geben Erstinvestoren in den neuen Bundesländern weiter eine zusätzliche Hilfe. Dabei gilt: Grundsätzlich bekommen kleinere und mittlere Betriebe eine höhere Hilfe als die großen.

Warum brauchen wir diese zusätzliche Hilfe für die neuen Bundesländer immer noch – wenn es doch spürbar in der letzten Zeit vorwärts gegangen ist? So war im Jahre 2005 zum Beispiel die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern noch bei 19 Prozent. Sie ist inzwischen auf unter 13 Prozent gesunken. 500.000 neue Arbeitsplätze sind in den neuen Bundesländern entstanden.

Aber wir müssen feststellen: Die Wirtschaftskraft der neuen Bundesländer liegt bei durchschnittlich erst 70 Prozent der Wirtschaftskraft der alten Bundesländer. Das heißt: Um einen selbsttragenden wirtschaftlichen Aufschwung zu ermöglichen, müssen wir noch besondere Förderinvestitionen tätigen.

Wir haben die Investitionszulage verlängert als ein Instrumentarium neben der regionalen Wirtschaftsförderung und dem Ausbau von Hochschulen, Fachhochschulen und der gesamten Forschungslandschaft in den neuen Bundesländern.

So macht die Bundesregierung deutlich: In allen Bereichen, die auf Zukunft gerichtet sind, die auf die Schaffung von langfristig tragfähigen Arbeitsplätzen gerichtet sind, brauchen wir auch in den nächsten Jahren noch zusätzliche Anstrengungen. Dazu gehört natürlich der Solidarpakt II, der bis 2019 laufen wird, und auf dessen Einhaltung sich die neuen Bundesländer verlassen können.

Wir können heute schon feststellen – bei allem, was noch getan werden muss –, dass die neuen Bundesländer in bestimmten Bereichen auch schon eine Führungsrolle übernommen haben.

Das gilt zum Beispiel für die gesamten Bereiche der erneuerbaren Energien. Sowohl im Bereich der Windenergie als auch im Bereich der Solartechnologien haben viele Betriebe aus den neuen Bundesländern eine Spitzenstellung für ganz Deutschland.

Unser Ziel ist es, die durchschnittliche Wirtschaftskraft der neuen Bundesländer auf das Niveau der alten Bundesländer zu bringen. Das ist auch machbar und zeigt ein Beispiel aus den alten Bundesländern.

Der Freistaat Bayern zum Beispiel war über Jahrzehnte ein Empfänger aus dem Bund-Länder-Finanzausgleich. Durch eine konsequente Politik für Infrastruktur, Forschung und Entwicklung hat es Bayern geschafft, heute zu den Geberländern im Bund-Länder-Finanzausgleich zu gehören. Genau das ist das Ziel auch für die neuen Bundesländer.